**Bezugs-Preis**

in der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 4.50, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland und Oesterreich: vierteljährlich ℳ 6.—. Directe tägliche Kreuzbandsendung ins Ausland: monatlich ℳ 9.—.

Die Morgen-Ausgabe erscheint täglich ½7 Uhr, die Abend-Ausgabe Wochentags 5 Uhr.

**Redaction und Expedition:**
**Johannesgasse 8.**

Die Expedition ist Wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis Abends 7 Uhr.

**Filialen:**
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstraße 1,
Louis Lösche, Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7.

**Morgen-Ausgabe.**

# Leipziger Tageblatt
und
# Anzeiger.

**Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.**

**Anzeigen-Preis**

Die 6gespaltene Petitzeile 20 Pfg.

Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 50 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 40 ₰.

Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß. Tabellarischer und Ziffernsatz nach höherem Tarif.

**Extra-Beilagen** (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.

**Annahmeschluß für Anzeigen:**
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Sonn- und Festtags früh ½9 Uhr.
Bei den Filialen und Annahmestellen je eine halbe Stunde früher.

**Anzeigen** sind stets an die **Expedition** zu richten.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig.

**№ 24.** **Sonnabend** den 14. Januar 1893. **87. Jahrgang.**

## Zur gefälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen
**Sonntag, den 15. Januar, Vormittags nur bis ½9 Uhr**
geöffnet.
**Expedition des Leipziger Tageblattes.**

## Amtliche Bekanntmachungen.

### Gesucht

wird der am 15. December 1844 zu Leipzig geborene Tischler
**Karl Eduard Kramer,**
welcher zur Fürsorge für seine Familie anzuhalten ist.
Leipzig, den 4. Januar 1893.
**Der Rath der Stadt Leipzig.**
**Armenamt, Abtheilung II.**
A. R. III. 6802. Hentschel. Lehn.

### Gesucht

wird der am 18. März 1862 zu Weidenhain bei Torgau geborene Fischhändler **Hermann Friedrich Vogel,** welcher zur Fürsorge für seine Familie anzuhalten ist.
Leipzig, den 7. Januar 1893.
**Der Rath der Stadt Leipzig.**
**Armenamt,** Abth. II.
A. R. II. 1962 d. J. A.: Ref. Dr. Fincke. Röber.

## Zur Wirthschaftslage in Oesterreich.

∞ **Wien,** 12. Januar.

Die parlamentarischen Weihnachtsferien erreichen bei uns erst mit dem 17. d. M. ihr Ende. Bis dahin ist Graf Taaffe mit den Führern der drei größten Parteien des Abgeordnetenhauses, mit Dr. v. Plener, dem Polen v. Jaworski und dem unvermeidlichen Grafen Hohenwart, fleißig an der Arbeit zur Erreichung einer „Regierungsmehrheit". Es ist wahrhaft rührend, daß der geschmeidige Ministerpräsident von der deutschen Linken nicht lassen will, obwohl sie vor den Weihnachtsferien mit aller Deutlichkeit sich von ihm persönlich sowie von seiner grundsatzlosen und staatsgefährlichen Politik lossagte. Die einzige Erklärung für diese unglückliche Neigung des Grafen zu der „Vereinigten deutschen Linken" ist in seiner Verlegenheit zu suchen. Taaffe's Staatskunst ist an jenem Puncte angelangt, den die feudale, clericale und slawische Mehrheit noch vor zwei Jahren als unfehlbar erklärte. Damals noch rief Graf Welsersheimb, der Landesvertheidigungsminister, den Deutschen zu: „Wir können ohne Sie regieren!" Heute gesteht Graf Taaffe, daß er für die nächste Zukunft weder ohne, noch gegen die Deutschen regieren kann. Diese Wandlung ist theilweise der jungczechischen Bewegung zuzuschreiben, welche die regierungsfähigen Altczechen von der parlamentarischen Bildfläche erbarmungslos wegfegte.

Mehr aber noch als die feurigen Hussiten tragen die wirthschaftlichen Verhältnisse des Reiches und die Fortschritte der Socialdemokratie dazu bei, daß Graf Taaffe auf die Hilfe der Deutschliberalen Jagd macht. Nach einem in der letzten Thronrede zum Ausdruck gekommenen Wunsche des Kaisers soll eine Zeit größerer Ruhe eintreten; die erbitterten Partei- und Nationalitätenkämpfe sollen vertagt werden, damit Zeit und Stimmung für die Lösung wirthschaftlicher Fragen gewonnen werde. Diesem Wunsche des Kaisers entsprechend haben die Deutschliberalen und auch die Deutschnationalen im letzten Jahre sich hervorragend um das Zustandekommen der neuen Handelsverträge, des neuen Währungsgesetzes, um Hebung der Donauschifffahrt und des überseeischen Verkehrs bemüht. Manches ist geschehen und eingeleitet, was die wirthschaftliche Lage des Staates und der Völker Oesterreichs heben kann — falls nicht ungeahnte Zeiterscheinungen entgegenwirken —; mehr aber noch bleibt zu thun übrig. Und deshalb war es eine unbegreifliche Unbesonnenheit, daß der junge Prinz Schwarzenberg vom Hohenwartclub am 23. November 1892 eine Polterrede hielt, welche die ganze Verfassung in Frage stellte, und daß sich der gegen den Feudaladel überhöfliche und übergefällige Graf Taaffe zu einer fast zustimmenden Beantwortung jener „dummen Jungen-Rede" veranlaßt sah. Bekanntlich führte dieses Ereigniß zum Bruch der deutschen Linken mit der Regierung.

Die jetzigen Verhandlungen Taaffe's mit den Deutschliberalen sollen das alte leidliche Verhältniß wieder herstellen. Graf Taaffe sagt: „Es war nicht bös gemeint, was ich damals sagte; ich bin nur mißverstanden worden." Er fügt hinzu: „Es ist der Regierung wirklich Ernst mit einer auch der Linken genehmen Mehrheitsbildung." Prinz Schwarzenberg, dieser aus deutschem Blut entsprossene „Erzczeche", soll, damit er der Regierung nicht nochmals einen Strich durch die kluge Rechnung macht, zeitweilig kalt gestellt werden; man spricht sogar von einer Bußreise ins gelobte Land. Die nächsten Wochen schon werden uns darüber belehren, ob die neue Regierungsmehrheit zu Stande gebracht werden kann. Dr. von Plener besteht vor Allem auf seinem Schein, der die Regierung zur Durchführung des Ausgleiches in Böhmen verpflichtet. Ferner verlangt Plener die endliche Ordnung der Sprachenfrage und überhaupt Garantien, nicht nur zur Sicherheit des deutschen Besitzstandes, sondern auch gegen die Wiederkehr der clericalen Stürme auf die freie Volksschule u. s. w.

Im Uebrigen muß — um Plener's Haltung gegenüber den neuen Taaffe'schen Werbungen gerecht zu würdigen — im Auge behalten werden, daß gerade der Führer der Deutschen seit zwei Jahren die Regierung zur Bildung einer festeren Regierungsmehrheit drängte. Dr. von Plener war es auch, der im Verein mit seinen deutschliberalen Collegen im Reichsrath immer wieder die Nothwendigkeit wirthschaftspolitischer und socialer Reformen betonte.

In Wien ist die Arbeitslosigkeit besonders groß. Bei den letzten Schneeverwehungen fanden sich im Nu 15 000 Schneeschaufler — es waren sogar akademisch gebildete Männer darunter. Leider kam es stellenweise zu socialdemokratischen Ausschreitungen. Die Arbeiter verhöhnten und beschimpften namentlich solche Fußgänger oder Schlittengäste, welche einen Pelz trugen. Recht bezeichnend für die Arbeitsnoth wie für die socialistische Bewegung war auch eine Wiener Gerichtsverhandlung der letzten Tage. Ein Hilfsarbeiter Johann Garbauer hatte in einer Versammlung von Arbeitslosen gesagt: Wenn ein Arbeitsloser aus dem Laden eines Fleischers eine Wurst stiehlt, welcher Richter könnte ihn verurtheilen? Auf gesetzlichem Wege können wir nichts erreichen; wir müssen demonstriren, selbst wenn man uns wie Hunde todtschießt. Zur Verantwortung wegen Gutheißung ungesetzlicher Handlungen gezogen, antwortete Garbauer dem Richter: Ich bin kein Agitator, sondern ein Arbeitsloser; ich lebe mit meiner Familie in einer Kammer, die 5 Schritt lang und 4 Schritt breit ist; wir schlafen auf halbverfaultem Stroh; man hat schon Brodkrumen für uns gesammelt; meine Kinder sind krank, eins ist gestorben. Der Gerichtshof sprach den Angeklagten frei.

Gegen die Arbeitslosigkeit könnte gerade in Wien jetzt viel geschehen. Für die Stadterweiterung sind im letzten Sommer vom Abgeordnetenhause sehr viele Millionen bewilligt worden. Die Deutschliberalen haben die baldige Inangriffnahme der Arbeiten warm befürwortet. Leider aber arbeitet die Bureaukratie überall langsam. Bis jetzt ist fast nichts geschehen, um das große Werk der Wiener Verkehrsanlagen in Angriff zu nehmen. Auch in den übrigen Theilen des Reiches werden Klagen über Arbeitslosigkeit laut. Mit der Landwirthschaft leiden die Industrie und das Kleingewerbe. Der Export von Tuch, Glaswaaren &c. hat durch die amerikanische Concurrenz sehr gelitten. Der Unternehmungsgeist wird durch die socialdemokratische Verhetzung der Fabrikarbeiter niedergehalten. Er kann sich nur heben, wenn durch die Bildung einer festen Regierungsmehrheit eine stetige Politik ermöglicht wird und die Zeit, die man jetzt mit verbitternden und fruchtlosen Streitigkeiten vergeudet, auf die so dringend nöthigen wirthschaftspolitischen und socialen Reformen verwendet werden kann.

## Deutsches Reich.

△ **Berlin,** 13. Januar. Im „Berliner Tageblatt" lesen wir einen Stimmungsbericht aus Süddeutschland im Hinblick auf etwaige Neuwahlen zum Reichstag. Es heißt: „Die Demagogen im Centrum, die Socialdemokraten, die radicalen Elemente der Volkspartei würden an Terrain gewinnen. Im Trüben würden vielleicht auch, zum ersten Mal in Süddeutschland, die Antisemiten ein oder das andere Mandat bei der herrschenden Verwirrung herausfischen. Sogar die Position der linksliberalen Gegner der jetzigen Militairforderungen würde bei den Neuwahlen erschwert werden, da der Widerstand im Volke bei solchen Anlässen erfahrungsgemäß stets den Extremen sich zuwendet. Dann hätte die Reichsregierung aus Süddeutschland für die Militairvorlage in einem neuen Reichstage keine Besserung erzielt, die Schärfe der principiellen Opposition gegen ihre anderen Pläne aber vermehrt." Ungefähr dieselben Eindrücke haben wir vor einigen Tagen wiedergegeben.

B. C. **Berlin,** 13. Januar. Die Frage der Immunität der preußischen Landtags-Abgeordneten gelangte gestern anläßlich einer von dem Zeitungsverleger Rudolf Mosse gegen den verantwortlichen Redacteur der „Kreuzzeitung" Freiherrn von Hammerstein angestrengten Privatklage in der Revisionsinstanz vor dem Strafsenat des Kammergerichts zur Verhandlung. Freiherr v. Hammerstein war von der 8. Strafkammer des hiesigen Landgerichts I aus dem Grunde, weil er den Kläger in seiner Eigenschaft als Verleger der „Berliner Morgenzeitung" öffentlich beleidigt hatte, zu 1000 ℳ Geldstrafe, eventuell 100 Tagen Gefängniß verurtheilt und sein Einwand der Verjährung auf Grund des §. 20 des Preßgesetzes und des Artikels 84 der preußischen Verfassung, zusammen mit dem weiteren Einwande, daß er Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses sei, verworfen worden. Der Gerichtshof hatte angenommen, daß §. 84 der preußischen Verfassung zwar in Absatz 2 jede Einleitung eines Strafverfahrens gegen die Mitglieder des Landtags außer bei der Ergreifung bei Ausübung der That, bezw. am nächsten Tage untersagt, daß aber nach Absatz 4 daselbst ein zur Zeit der Eröffnung der Sitzungsperiode bereits schwebendes Strafverfahren so lange seinen Fortgang haben solle, bis die betr. Kammer die Einstellung desselben ausdrücklich verlangt. Der Gerichtshof faßte seine Schlußfolgerung dahin zusammen, daß alle Verfügungen des Gerichts innerhalb eines beim Beginn der Sitzungsperiode schon anhängigen Strafverfahrens so lange volle Giltigkeit und Wirksamkeit behalten, bis die Einstellung seitens des Landtags angeordnet ist. Daß im vorliegenden Falle das Abgeordnetenhaus eine Einstellung des Verfahrens verlangt habe, sei vom Angeklagten nicht behauptet worden. Das Strafverfahren sei im vorliegenden Falle schon vor der am 14. Januar 1892 erfolgten Eröffnung des Landtags durch die am 18. December 1891 erfolgte Einreichung der Klage eingeleitet. Somit war die am 31. Januar 1892 erfolgte Eröffnung des Hauptverfahrens gegen den Angeklagten geeignet, die sechsmonatliche Verjährung aus §. 22 des Preßgesetzes zu unterbrechen, desgleichen die nach Schluß des Landtags am 18. Juli erfolgte Anberaumung eines Termins zur Hauptverhandlung. Eine Verjährung der Strafverfolgung sei also nicht eingetreten. — Der Beklagte legte hiergegen Revision bei dem Kammergericht ein, welches gestern über dieselbe verhandelte, aber nach längerer Berathung endlich dahin schlüssig wurde, noch nicht in der Sache zu erkennen, sondern die Entscheidung bis nach Schluß der Sitzungsperiode des jetzigen Landtags zu vertagen. Wir werden seinerzeit über die Entscheidung dieses nach vielen Richtungen hin interessanten Falles, der jetzt von besonderer actueller Bedeutung ist, eingehend berichten.

* **Berlin,** 13. Januar. Einen unheimlichen Scharfsinn haben bei **Auslegung des Preßgesetzes** der Erste Staatsanwalt und der Strafsenat des Oberlandesgerichts in Cassel entwickelt. Es handelt sich um eine Beleidigungsklage gegen den Reichstagsabgeordneten Wisich aus Anlaß eines Zeitungsartikels, der während der Wahl im Jahre 1890 erschienen ist. Das Preßvergehen ist längst verjährt. Aber der Strafsenat des Oberlandesgerichts meint, daß die Uebersendung eines Artikels an eine Redaction zur Veröffentlichung zwei Vergehen vereinige, da die Handlung sich als eine solche kennzeichne, die einem doppelten Vorsatz entspringe, nämlich dem Vorsatz, dem Redacteur eine Schmähschrift zur Prüfung und Beschlußfassung über den Abdruck zu unterbreiten, und dem Vorsatz, die Schmähschrift der Oeffentlichkeit preiszugeben. Die eine Handlung verletze durch ihre Vollendung also zwei Strafgesetze und lasse demgemäß zwei Vergehen entstehen, die in Idealconcurrenz stehen, aber im Uebrigen so unabhängig von einander seien, daß die Verjährung des einen auf die Strafverfolgung des anderen keinen Einfluß übe. Wegen der noch nicht verjährten einfachen Beleidigung sei deshalb bei vorliegendem hinreichenden Verdacht der Thäterschaft gegen den Angeklagten das Hauptverfahren zu eröffnen. Der Strafkammer ist unbenommen, trotz dieses Beschlusses des Oberlandesgerichtes, den Angeklagten wegen Verjährung des Vergehens freizusprechen. Ließe man, bemerkt hierzu mit Recht die „Köln. Ztg.", die scharfsinnige Zerlegung der Preßbeleidigung in zwei unabhängige Handlungen gelten, so würde sich mit Nothwendigkeit die Schlußfolgerung ergeben, daß der Gesetzgeber sich bei der Bestimmung, daß Preßvergehen in sechs Monaten verjähren, überhaupt nichts gedacht habe. Denn nehmen wir den einen Fall aus, daß der verantwortliche Redacteur einen Zeitungsartikel selbst verfaßt hat, so geht der Veröffentlichung stets die Prüfung durch den Chefredacteur vorher. Man könnte fast jedes derartige Vergehen in zwei selbstständige Handlungen auseinanderlegen: in das Aufschreiben und Absenden des Artikels an den verantwortlichen Redacteur und die Veröffentlichung. Selbstverständlich haben derartige scholastische Spielereien dem Gesetzgeber ferngelegen.

th. **Berlin,** 13. Januar. Im Decemberheft der Deutsch-evangelischen Blätter stellt Dr. Walcker folgende Tabelle über die confessionellen Verhältnisse im deutschen Reiche auf:

Auf 1000 Einwohner kamen

| | Evang. | Sonst. Secten | Katholiken | Israel. | Andere |
|---|---|---|---|---|---|
| 1867 | 621,4 | | 360,1 | 12,4 | |
| 1871 | 623,1 | 2 | 362,1 | 12,5 | 0,3 |
| 1880 | 626 | 2 | 359 | 12,4 | 1 |
| 1885 | 626 | 2,7 | 358,2 | 12 | 0,3 |
| 1890 | 627,7 | 2,9 | 357,7 | 11,4 | 0,2 |

„Diese Tabelle", schreibt Dr. Walcker, „zeigt in stetiger Weise eine relative Zunahme der Protestanten, eine relative Abnahme der Katholiken im deutschen Reiche. Dabei ist noch zu berücksichtigen, daß 1871 das überwiegend katholische Reichsland Elsaß-Lothringen annectirt wurde. Ein protestantisches Gebiet wurde dagegen nicht annectirt, abgesehen von der kleinen Insel Helgoland, die 1890 2086 Einwohner, darunter 2073 Protestanten, hatte." Auch ein Gesammtvergleich der Kopfzahl der Protestanten und Katholiken der verschiedenen Erdtheile ergiebt nach Dr. W.'s Berechnungen ein stärkeres Anwachsen der Bekenner des Evangeliums. „Wäre es", heißt es am Schlusse des Aufsatzes, „möglich, die Besitz-, Bildungs- und Machtverhältnisse beider Confessionen ebenfalls ziffermäßig darzustellen, so würde die Ueberlegenheit des Protestantismus an reeller, dauernder Macht und Aussichten für die Zukunft noch deutlicher hervortreten." Der Herausgeber der Zeitschrift, D. Beyschlag, macht dazu die Anmerkung: „Vorausgesetzt, daß der Protestantismus sich der seit dem vaticanischen Concil allüberall neuangestrengten römischen Propaganda zu erwehren weiß."

□ **Berlin,** 13. Januar. Die Leiter der socialdemokratischen Gewerkschaftsbewegung möchten gern die noch nicht organisirten Arbeiter, wie z. B. die der Nahrungsmittel-Industrie, zu sich herüberziehen, die zu dem Zweck nothwendige Agitation kostet aber Geld. Ein ebenso inniger Wunsch der General-Commission der Gewerkschaften Deutschlands ist der, in Ost- und Westpreußen die „indifferente Masse" aufzurütteln. Das erfordert aber noch mehr Geld. Und die General-Commission verfügt nicht nur über keine Geldmittel, sondern sie hat noch Schulden vom Hamburger Tabakarbeiter-Ausstand her. Das Deficit beläuft sich auf 35 000 ℳ und sollte dadurch gedeckt werden, daß jeder einer Organisation angehörende Arbeiter einige Pfennige beisteuerte. Die Führer der einzelnen Gewerkschaften pflegen aber mehr Sonderinteressen und die Arbeiter selbst haben entweder keine Lust, noch Extrasteuern zu entrichten, oder sie haben nichts übrig für diesen Zweck. Nachdem Jahr und Tag gesammelt worden, sind der General-Commission noch nicht 4000 ℳ zugeflossen. — Die General-Commission der Gewerkschaften Deutschlands verspricht den streikenden Bergarbeitern Unterstützung. Damit wirds aber hapern. Sie selbst ist mittellos und hat auch keine Sammlung veranstaltet, und durch die von der hiesigen Streik-Central-Commission ausgegebenen Sammellisten werden kaum einige Hundert Mark aufgebracht werden. — Die hiesige socialdemokratische Frauen-Commission beabsichtigt, in nächster Zeit in sämmtlichen Stadttheilen Frauenversammlungen abzuhalten, und zwar in den größten Sälen. Die Redactrice der „Gleichheit", Frau Clara Zetkin in Stuttgart, die als Delegirte auf dem letzten socialdemokratischen Parteitage anwesend war, ist als Referentin engagirt worden.

Y. **Berlin,** 13. Januar. (Telegramm.) Der Kaiser, welcher von seiner Reise nach Sigmaringen und Straßburg heute Vormittag kurz vor ½11 Uhr auf dem hiesigen Anhalter Bahnhof eintraf, fuhr von dort direct nach dem Reichskanzlerpalais und hatte daselbst eine längere Conferenz mit dem Reichskanzler Grafen von Caprivi.

⌣ **Berlin,** 13. Januar. (Telegramm.) Der „Post" wird bestätigt, daß der russische Gegenvorschlag zu den Handelsvertragsverhandlungen, an entscheidender Stelle eine Fühlung mit den meistbetheiligten Interessentenkreisen zu nehmen, einer wohlwollenden und eingehenden Prüfung unterliege. Der jetzige Stand der Dinge eröffne in keiner Weise günstige Aussichten auf den Abschluß, es existire aber auch kein Grund, nicht zu hoffen, daß bei beiderseitigem guten Willen schließlich eine annehmbare Verständigung gelinge.

— Der Bevollmächtigte zum Bundesrath königlich sächsischer Kriegsminister Generallieutenant von der Planitz ist hier eingetroffen.

— Die Oberpräsidenten sind, der „Köln. Zeitung" zufolge, zu eingehenden Gutachten über die bisherigen Wirkungen der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe und über diejenigen etwa erforderlichen Veränderungen der jetzt geltenden Bestimmungen aufgefordert, die ohne Veränderung des Gesetzes, also auf dem Verwaltungswege getroffen werden können.

— Die socialdemokratischen Stadtverordneten haben folgende neue Anträge eingebracht: „1) Die Versammlung wolle beschließen: Die Stadtverordneten-Versammlung ersucht den Magistrat, die von ihm beschäftigten Hoch- und Tiefbau-Unternehmer, sowie die mit Straßenanlagen und Pflasterungen beauftragten Unternehmer zu veranlassen, daß vom 1. April d. J. an Einrichtungen auf den Arbeitsplätzen getroffen werden, bei denen es den von den Unternehmern beschäftigten Arbeitern ermöglicht wird, die Arbeitspausen in geschlossenen Räumen zuzubringen. 2) Die Versammlung wolle beschließen: Die Stadtverordneten-Versammlung ersucht den Magistrat um Herbeiführung eines Communalbeschlusses, wonach vom 1. April an ein städtischer Central-Arbeitsnachweis errichtet wird, der neben der kostenlosen Vermittelung von Arbeit die fortlaufende Aufnahme und Führung einer Arbeitslosen-Statistik zu bewirken hat." Weitere Anträge, betreffend die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der städtischen Arbeiter, sind in Vorbereitung.

— Der „Neuen Stettiner Zeitung" werden über das Kaiser-Wilhelm-Denkmal, dessen Entwurf gegenwärtig von den Mitgliedern des Reichstages in dem Atelier von R. Begas besichtigt werden kann, folgende Mittheilungen gemacht:

„Auf der Rückseite des Piedestals finden sich die Symbole des alten feudal-absolutistischen Regiments, Helm, Schild, mittelalterliche Waffen; der Künstler hat anscheinend andeuten wollen, daß der erste Kaiser in vormärzlicher Zeit erwachsen sei, dann aber dem Absolutismus den Rücken gekehrt habe. Auf der Vorderseite dagegen finden sich die Embleme der neuen, der parlamentarischen Zeit, eine Urkunde mit dem Reichssiegel, deren Pergamentblatt die Worte: „Einheit, Geist, Verfassung" eingegraben zeigt, und da steht auch, die Betheiligung des Volkes an der Gesetzgebung anzeigend, eine reich gestaltete Wahlurne. Es wird nun versichert, daß der Kaiser das Verlangen ausgesprochen habe, diese Wahlurne solle beseitigt und etwa durch einen Pocal ersetzt werden. Vom künstlerischen Standpuncte werden manche Zweifel gegen diese Aenderung zu erheben sein. Denn es fragt sich, welche symbolische Deutung dem Pocal gegeben werden solle. Auf Kirchenbildern sieht man den Kelch häufig zur Andeutung des Abendmahls. Der moderne Rechtsstaat kann aber schwerlich in diesem Sinne den Pocal als eins seiner Symbole gelten lassen, auch wenn von manchen Seiten darin die Erklärung gefunden werden könnte, daß es Sache des Staates sei, sich eng mit der Kirche zu verbrüdern und die Religion zu pflegen."

* **Stargard,** 13. Januar. (Telegramm.) Die Candidatur des Ingenieurs Karl Paasch für die Reichstagsersatzwahl wird am Sonntag officiell proclamirt werden. Man erwartet hier mehrere antisemitische Agitatoren.

* **Liegnitz,** 12. Januar. Kürzlich hielten in der jetzt angebrochenen Wahlcampagne (Reichstagsersatzwahl) die Antisemiten ihre erste Versammlung ab. Der Saal war dicht gefüllt, aber zu drei Viertheilen von gegnerischen Parteien, vorwiegend Socialdemokraten. Da der in Aussicht genommene Candidat, Rechtsanwalt Hertwig, nicht erschienen war, hielt Liebermann von Sonnenberg eine von der „ungeheuren Heiterkeit" der Versammlung begleitete Rede. Bemerkenswerth ist, daß die Versammlung „im Namen des deutsch-socialen Wahlausschusses" eröffnet wurde von einem Major a. D. von Thümen, der früher, der „Frkf. Ztg." zufolge, zu den Führern der Conservativen gehörte. Hiernach scheint schon bei Beginn des Wahlkampfes ein Theil der Conservativen in das antisemitische Lager abgeschwenkt zu sein.

§ **Halle a. S.,** 12. Januar. Eine socialdemokratische Vertrauensmänner-Conferenz stellte als Candidaten für den Reichstagswahlkreis Calbe-Aschersleben den Redacteur des „Teltow-Beeskower Volksblatt", Regierungs-Baumeister Gustav Keßler in Berlin auf.

**Aus dem Ruhrgebiet,** 13. Januar. (Telegramm.) Die Gruben „Westfalia", „Tremonia", „Königsborn" und „Kaiserstuhl" arbeiten wieder vollzählig. Einige Zechen sind zwar noch neu in den Ausstand getreten, aber von allen Seiten wird ein Nachlassen des Ausstandes gemeldet.

* **Aus dem Saargebiet,** 13. Januar. (Telegramm.) In der gestrigen, von 8000 Personen besuchten Bildstocker Versammlung des Rechtsschutzvereins waren die Redner im Allgemeinen bestrebt, zum Weiterstreiken aufzufordern. Die Abkehrscheine würden nicht entmuthigen; die Entlassenen sollten einfach auswandern, die Angehörigen den Gemeinden zum Unterhalte überlassend. Was soll aus den abgelegten Bergleuten werden? Rufe: Räuberbanden! Nächsten Sonntag ist wieder eine Generalversammlung im Saargebiet angekündigt.

* **Karlsruhe,** 12. Januar. Heute wurde hier im großherzoglichen Schlosse die aus Commerzienrath Lueg-Oberhausen, Director Thielen-Ruhrort, Commerzienrath-Michels-Köln und beigeordnetem Bürgermeister Vallement-Metz bestehende Abordnung in Sachen der Moselcanalisirung vom Kaiser empfangen. Als Wortführer der Abordnung sprach Commerzienrath Lueg-Oberhausen und erläuterte in längerer Darlegung die Wichtigkeit des Moselcanals. Der Kaiser zeigte sich über die Frage völlig unterrichtet und bekannte sich als einen warmen Freund des Ausbaues unserer Wasserstraßen. Die Ausführung sowohl des Moselcanals als anderer Canalvorhaben wünsche er dringend, damit das Getreide vom Osten nach dem Westen und die industriellen Erzeugnisse des Westens zum Osten auf dem Wasserwege befördert werden könnten. Er werde eine genaue Prüfung des Vorhabens veranlassen und hoffe, daß die Finanzlage des Staates seine baldige Verwirklichung gestatten werde. Er rechne dabei auf die Opferwilligkeit der Städte, die durch Uebernahme der Hafenanlagekosten die Sache fördern müßten. Nachdem noch mehrere Fragen seitens des Kaisers gestellt und von der Abordnung beantwortet waren, wurde sie vom Kaiser mit der nochmaligen Versicherung, daß er ein warmer Anhänger der Wasserstraßen sei und das Mosel-

SLUB
Wir führen Wissen.